

DD228.6 BERNSTEIN, Eduard.

B45

Die Wahrheit über die
Einkreisung Deutschlands.

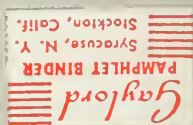
A

0006423024



UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE



ID# M-247577

DIE

WAHRHEIT

ÜBER DIE

EINKREISUNG
DEUTSCHLANDS



DEM DEUTSCHEN VOLKE DARGELEGT

VON

EDUARD BERNSTEIN



VERLAG NEUES VATERLAND

E. BERGER u.CO. / BERLIN W 62

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands

Dem deutschen Volke dargelegt

von

EDUARD BERNSTEIN

1. bis 3. Tausend

VERLAG NEUES VATERLAND
E. BERGER & Co.
BERLIN W 62

DD 227.6
B45

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung	3
I. Ein Artikel über die Legende von der Einkreisung.	
a) Die zwei imperialistischen Strömungen in Deutschland	9
b) Die vermeintliche Einkreisung	11
c) Verhängnisvolles Großtun	14
d) Widersprüche des Schlagworts	15
e) Ein Sozialdemokrat, der die bürgerlichen Imperialisten noch überbietet	17
II. Kapitel zur Geschichte der Legende.	
f) Aus der Geschichte der „Einkreisung“	19
g) Die Staatskunst der gepanzerten Faust	21
h) Die kolonialpolitische Rückwirkung des Zustandekommens der Triple-Entente	30
i) Die „Einkreisung“ und Deutschlands wirtschaftliche Ent- wicklung	33
III. Zwei Zeugnisse.	
k) Fürst Bülow über die Einkreisung	36
l) Großadmiral Tirpitz über den Panthersprung nach Agadir	40
Nachwort	44

Einleitung.

Die Entstehung des vorliegenden Schriftchens geht auf das Jahr 1915 und einen Besuch des so schmählich ums Leben gekommenen Karl Liebknecht beim Unterzeichneten zurück. Ende Mai 1915 suchte mich Liebknecht auf und fragte mich, ob ich nicht eine Flugschrift über irgendeine der auf den Krieg und unser Volk bezüglichen Fragen abfassen wolle. Angesichts der beklagenswerten Haltung des größten Teils der sozialistischen Parteipresse und des scheußlichen Drucks der Zensur auf die anderen Blätter haben Freunde und er beschlossen, aufklärende Schriften geheim drucken und unter der Hand verbreiten zu lassen, um der systematischen Täuschung des Volkes entgegenzuwirken; sie würden sich freuen, wenn ich mich daran beteiligte. Nach kurzer Überlegung sagte ich zu. Hatte ich doch reichlich genug Gelegenheit gehabt mich davon zu überzeugen, wie sehr die Mitglieder unserer Partei in ihrer Mehrheit durch die von oben ausgegebenen und von der nationalistischen Presse noch in vielfacher Vergrößerung wiedergegebenen Schlagworte über Ursachen, Entstehung usw. des Krieges in ihrem Urteil über ihn irregeführt und zu jener Haltung mit Bezug auf ihn verleitet wurden, die nach meiner Überzeugung jede internationale Aktion der Sozialdemokratie für eine baldige Beendigung des Krieges und den Abschluß eines ihren Grundsätzen entsprechenden Friedens unmöglich machte.

Zu jenen Schlagworten gehörte auch die Behauptung, Deutschland sei von den Ententemächten teuflischerweise eingekreist und dadurch zur Gegenwehr genötigt gewesen. Sie betörte selbst Leute, die zugaben, daß Deutschland nicht „mitten im Frieden“ von den andern überfallen worden sei. Sie erwies sich — und erweist sich ja auch heute noch — als ein verhängnisvoll wirkendes Opiat zur Betäubung der Gewissen. Die Zeit des Krieges über ein Agitationsmittel der Parteien der Annexionen, ist sie heute ins Arsenal der unser Volk gegen die Republik und die Demokratie aufstachelnden und die Geister mit der Idee des Vergeltungskrieges betörenden Reaktion übergegangen und richtet noch immer Unheil an. Das wirksamste Mittel der Beeinflussung der Geister, die unablässige, dreiste Wiederholung einer Behauptung, als ob sie eine unantastbar festgestellte Tatsache ausdrücke, kommt ihr in hohem Maße zugute.

Kurz nachdem Karl Liebknecht bei mir gewesen war, fiel mir eine Nummer des „Vorwärts“ betitelten Wochenblatts der Sozialdemokratie New Yorks mit einem Artikel in die Hand, der gerade diese Einkreisungsfrage behandelte und mir für die geplante Flugschrift außerordentlich geeignet erschien. Der Verfasser war zwar nicht ganz frei von dem Fehler so vieler sozialistischer Schriftsteller aus der Schule von Karl Marx und Friedrich Engels, im Gegensatz zum Beispiel, das diese Denker selbst gegeben, das ökonomische Motiv in der Geschichtserklärung zu übertreiben. Aber er legte doch hierbei eine stärkere Unterscheidungskraft an den Tag als man sie in der Regel findet. So nahm ich den Aufsatz zum Ausgangspunkt der Flugschrift.

Als diese aber fertig war, konnte ich mich nicht entschließen, sie Liebknecht für dessen Vereinigung

zu übersenden. Es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß diese den Kampf in der Partei unter Voraussetzungen und in Formen führten, die sich wesentlich von dem unterschieden, was ich für angezeigt und richtig hielt. Ein Vergleich zwischen dem gerade damals von Hugo Haase, Karl Kautsky und mir veröffentlichten Aufruf „Das Gebot der Stunde“ und der zur selben Zeit von jener Seite behufs Unterzeichnung in Umlauf gesetzten Denkschrift gegen die Kriegspolitik der Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratie wird dies klar erkennen lassen. Der Aufruf enthält sich jeder Kritik der Fraktion und sucht lediglich durch Vorführung einer Reihe von Tatsachen, die nach unserer Ansicht über die Natur des Krieges keinen Zweifel mehr ließen, auf das Urteil der Fraktion einzuwirken. Die Denkschrift aber übt an der Haltung der Fraktion selbst Kritik und läuft in eine Warnung an die Adresse der Fraktionsmehrheit aus, die schon einer förmlichen Kriegserklärung innerhalb der Partei sehr nahe kam. An einer Bewegung, die auf dergleichen abzielte, mochte ich mich, solange es irgend zu vermeiden war, weder direkt, noch indirekt beteiligen, und so lehnte ich es ab, die Denkschrift zu unterschreiben, und blieb auch den Zusammenkünften der Anhänger dieser Auffassung fern. Damit geriet meine Liebknecht gegebene Zusage in Vergessenheit, und das Manuskript blieb, weil niemand mehr danach fragte, in meinem Pult.

Wenn ich es nun aus diesem heraushole und an die Öffentlichkeit bringe, so veranlaßt mich dazu die oben schon betonte Tatsache, daß die in ihm behandelte Frage noch heute ihre Aktualität hat. Ja, genau zugesehen, fast noch größere Aktualität hat als zur Zeit des Krieges selbst. Solange dieser nicht beendet

war, genügten für die große Masse der Nation und auch die Mehrzahl der Politiker seine einfache Tatsache und der Gedanke an die mit einer Niederlage verbundenen Gefahren, ihre Stellung zur Regierung und der Heeresleitung zu bestimmen; es war die objektive Prüfung der Ursachen des Krieges mehr eine innere Angelegenheit der Parteien als ein Gegenstand der öffentlichen Debatte. Heute aber ist die Frage der Verantwortung für den Krieg eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung für das ganze politische Leben der Nation. War das durch die Revolution des November 1918 entthronte System verantwortlich für den Krieg oder nicht, und in welchem Grade war es verantwortlich? Das ist die Frage, über welche die Nation sich klar werden muß.

Mit einem ungeheuren Aufwand von Geldmitteln und mit einem noch größeren Aufwand von Dreistigkeit im Umspringen mit den Tatsachen suchen die Anhänger des alten Systems dieses in den Augen der breiten Massen als das unschuldige Opfer böswilliger Ränke des Auslands und teils berechnet lügenhafter, teils kurzsichtiger Umtriebe seiner inneren Feinde hinzustellen. Von seiten der berufenen Vertreter der Republik aber wird — das muß einmal von einem Nichtoppositionsmann rund heraus gesagt werden — die Aufklärung des Volkes über diese Fragen in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Wer sich im Volk bewegt und da bemerkt, welches Unheil in den Köpfen aller Schichten der Bevölkerung die von den Reaktionsparteien mit guter Wirkung für die Empfänglichkeiten der Volksseele in Umlauf gesetzten handgreiflichen Unwahrheiten über den Krieg anrichten, kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß auf diesem Gebiet noch unendlich

viel nachzuholen ist, soll die Republik nicht eines Tages sehr trübe Erfahrungen machen. Erwägungen dieser Art veranlassen mich, die nun ziemlich fünf Jahre alte Broschüre mit einigen notwendig gewordenen Ergänzungen auf den Markt zu bringen, und wenn es durch den Verlag Neues Vaterland geschieht, so soll dieser Name anzeigen, welche Interessen mich dabei geleitet haben.

Berlin-Schöneberg, Ende Februar 1920.

E d. B e r n s t e i n.

I. Ein Artikel über die Legende von der Einkreisung.

Nicht wenige Deutsche sind zu ihrer Stellungnahme zum Weltkrieg durch die Meinung gekommen, Deutschland sei seit Jahren vorher schon von den ihm feindlich gesinnten Mächten England, Frankreich und Rußland in solcher Weise „eingekreist“ gewesen, daß seine gesunde Entwicklung dadurch schwer gehemmt und seine Sicherheit beständig bedroht gewesen sei; so daß also der Krieg, ganz gleichgültig, wer ihn schließlich herbeigeführt oder erzwungen habe, eine geschichtliche Notwendigkeit gewesen sei, im Interesse der freien Entfaltung der Kräfte Deutschlands früher oder später doch unvermeidlich habe kommen müssen. Mit anderen Worten, daß die Politik, die Deutschlands Regierung vor und beim Ausbruch des Krieges verfolgte, für ersteres eine bittere Notwendigkeit gewesen sei.

Mit dieser weitverbreiteten Ansicht, der vor der Öffentlichkeit rückhaltlos entgegenzutreten in der Kriegszeit in Deutschland unmöglich war, rechnete der in der Einleitung erwähnte Leitartikel der sozialdemokratischen New Yorker Volkszeitung ab; der von dieser in deren Wochenblatt „Vorwärts“ überging und dort in der Nummer vom 8. Mai 1915 abgedruckt ist. Als Stimme von nicht unmittelbar beteiligter Seite erschien er mir damals — und scheint er mir noch — der weitesten Verbreitung im deutschen Volke wert. In ge-

drungener Darstellung hebt er schlagend die Hauptgesichtspunkte hervor, die für die Beurteilung dieser Frage in Betracht kommen. Ich lasse ihn daher mit einigen unwesentlichen Auslassungen zunächst folgen, indem ich ihn der besseren Übersicht halber in kleine Abschnitte einteile. Er trug den Titel: „Die Legende von der deutschen Einkreisung“.

a) Die zwei imperialistischen Strömungen in Deutschland.

„Die Meinung der deutschen Imperialisten ist gespalten. Die einen sehen in England den Feind, den Deutschland bis zum äußersten bekämpfen muß, die anderen rufen zu einem Vernichtungskampf gegen Rußland auf, das völlig niedergeworfen und in ‚seine geschichtlichen Bestandteile‘ zerlegt werden müsse. . . .

Diejenigen deutschen Imperialisten, die die Zukunft des ‚Größeren Deutschlands‘ in Vorderasien sehen, erblicken naturgemäß in Rußland den Hauptfeind. Denn hier stoßen nach ihnen die deutschen Pläne auf die Expansionsbestrebungen Rußlands. Rußland will bekanntlich einen freien Ausgang zum Meere, über die Meeresengen und Konstantinopel, oder über Türkisch-Armenien und Alexandrette. In beiden Fällen würde Rußland zum faktischen Herrn Vorderasiens. Der fast 20jährigen deutschen türkischen Politik, die in der Bagdadbahn und in zahlreichen Industrieunternehmungen ihren Ausdruck findet, wäre damit ein Ende gemacht. Daher der Haß der Rohrbach, Jaechh und der anderen Herren aus dem ‚Größeren Deutschland‘ gegen Rußland.

Umgekehrt sind die Politiker, die keine konkreten Ziele verfolgen, sondern bloß unbestimmt für eine

Machtpolitik schwärmen, die Hass der Engländer. So vor allem die sogenannten Alldeutschen mit dem Grafen Reventlow an der Spitze, für die England **der Feind** ist. . . . Zu ihnen gesellen sich auch die deutschen Agrarier, die in Rußland den Hort der Reaktion in Europa sehen und seine Macht als Gegengewicht gegen England erhalten möchten. Vor allem kommen hier nicht allein die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen Petersburg und Potsdam in Betracht, sondern auch die historische Interessengemeinschaft der herrschenden Kreise den Befreiungsbestrebungen der Polen gegenüber. Mehr ins Gewicht fallen noch die handelswirtschaftlichen Beziehungen der kämpfenden Länder zueinander.

Während die deutsche Exportindustrie in Rußland einen sehr bedeutenden Markt hatte, stößt sie sonst auf die höchst unbequeme englische Konkurrenz. Es ist jedoch durchaus falsch, wenn man den jetzigen Krieg auf die Handelsrivalität zwischen Deutschland und England zurückführt. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf um die Weltmachtstellung, die unter Umständen den herrschenden Klassen Monopolgewinne verschaffen könnte, keineswegs aber um die Eroberung von Märkten. Im Kampfe um Absatzmärkte entscheiden heute nicht Kanonen, auch nicht die 42-Zentimeter-Mörser. Die Technik, die Billigkeit und die Güte der Waren sind die schwere Artillerie, die die Märkte erobert. Trotzdem aber empfindet die Bourgeoisie die Konkurrenz der anderen Länder, die den Verdienst herabdrückt und zu technischen Verbesserungen zwingt, höchst unangenehm. Daher die erbitterte Stimmung der deutschen Industriellen gerade gegen England.“

b) Die vermeintliche Einkreisung.

„Als politisches Argument gegen England wird immer, leider selbst von Parteigenossen, das Schlagwort von der Einkreisungspolitik Englands angeführt. Da man in Deutschland nicht die volle Wahrheit über England sagen darf, so wollen wir hier auf dieses Argument etwas näher eingehen.

Unter der Einkreisungspolitik versteht man Bemühungen Englands, die Bundesgenossenschaft der europäischen Festlandsmächte gegen Deutschland zu gewinnen. Diese Politik nahm danach ihren Anfang vor ungefähr einem Jahrzehnt. Anfang 1904 wurde die Entente zwischen England und Frankreich und 1907 das Abkommen Englands mit Rußland geschlossen. Ungefähr bis 1908/9 dauern die Bemühungen Englands, Österreich und Italien zu gewinnen. Das sind die Tatsachen der ‚Einkreisungspolitik‘. Welches ist aber ihr politischer Sinn und Hintergrund?

Lassen wir den schlimmsten Feind Englands unter den deutschen Imperialisten, den Grafen Reventlow, selbst sprechen. In seinem Geschichtswerke über die deutsche auswärtige Politik sagt er darüber selbst folgendes (S. 232):

„Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der damaligen deutschen Politik und ihrer im vollen Sinne des Begriffes grundlegenden Folgen ist die Tatsache, daß die entschiedene Annäherung Englands an Frankreich im selben Augenblicke erfolgte, wie die Abkehr von Deutschland. . . . Hätte sich der, jenseits der Nordsee (also in England) gewünschte englisch-deutsche Zusammenschluß damals vollzogen, so würde zweifelsohne die Entente cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien

nicht eingetreten sein. Zu einer Entente cordiale mit dem Deutschen Reiche bedurfte Großbritannien keine mit Frankreich. . . . Großbritannien braucht aber notwendig eine der großen Festlandsmächte, und als die britischen Staatsmänner sahen, daß Deutschland im Gegenteil auf die Freundschaft Rußlands entscheidenden Wert legte, da vervielfachte sich jene Notwendigkeit für Großbritannien.'

Hier gibt also Reventlow offen zu, daß England ein Abkommen mit Deutschland wünschte. In der Tat machte England Deutschland wiederholt Vorschläge für ein Zusammengehen. Deutschland lehnte immer ab, und nicht nur deshalb, weil es die Freundschaft Rußlands vorgezogen hat, das zu dieser Zeit der gefährlichste Gegner Englands war. Vielmehr kamen machtpolitische Fragen in Betracht. Die Flotten-Politik Deutschlands, die durchaus gegen England gerichtet war, bildete das Moment des Gegensatzes zwischen diesen Ländern, und auch von diesem Standpunkte aus wurde dann die Entente mit Frankreich geschlossen:

„Daß der rein maritime Gesichtspunkt', meint Reventlow (S. 246) ,eine der Hauptursachen bildete (für die Bildung der Entente), ist nicht zu bezweifeln. . . . Die britische Admiralität und Regierung waren sich darüber klar, daß das Anwachsen des neuen, des deutschen Flottenfaktors in der Nordsee andauern werde.'

Infolgedessen schloß England das Abkommen mit Frankreich, um seine ganze Flotte in der Nordsee konzentrieren und immer schlagfertig halten zu können.

Es steht also unerschütterlich fest, daß es die deutsche Flottenpolitik war, die England in

die Arme Frankreichs trieb. Die gleiche Ursache bewirkte das Abkommen zwischen England und Rußland.

„Vom Boden der damals allgemeinen Lage aus urteilend, finden wir,“ sagt Reventlow, „tatsächlich nur eine einzige praktische Möglichkeit für die deutsche Politik, das Trio: Großbritannien-Frankreich-Rußland unmöglich zu machen. Dieser Weg war der seinerzeit von J. Chamberlain gewiesene: Abkehr von Rußland, Anschluß an Großbritannien, im Verein mit Japan und eventuell den Vereinigten Staaten...“

Die Bedingung wäre aber, daß Deutschland auf eine starke Flotte verzichten müßte. Das wollte aber der neue Kurs der deutschen Politik nicht. Die Folge war der Anschluß Englands an die anderen Festlandsmächte.

„Die Tatsache des englisch-russischen Abkommens war eine Folge jener Entscheidung der Bülow'schen Politik (eine starke Flotte zu bauen); sie erwuchs konsequent aus ihr in dem Augenblicke, wo die japanischen Waffen sich endgültig siegreich gezeigt hatten.“ (S. 295/96.)“ *

* Die Zitate sind der Anfang 1914 erschienenen ersten Auflage des Reventlowschen Buches entnommen. In den während des Krieges erschienenen späteren Auflagen sagt Graf Reventlow unverzagt wiederholt das Gegenteil von dem, was er in der ersten Auflage geschrieben. Dort hieß es noch auf Seite 390:

„Man kann den englischen Staatsmännern wohl glauben, daß sie einen deutsch-französischen Krieg vermieden wissen wollen. Sie sind sich nicht im unklaren darüber, daß England dabei wahrscheinlich nichts zu gewinnen und ebenso wahrscheinlich sehr viel zu verlieren habe . . . Das Deutsche Reich ist schon durch seine Fähigkeit, in Kriegszeiten die ganze Bevölkerung aus dem eigenen Boden zu ernähren, weit sicherer fundiert. Genug, das heutige Großbritannien

c) Verhängnisvolles Großtuen.

„Die englische Antwort auf die deutschen Anschuldigungen ist die, daß die europäische Isolierung Deutschlands den Fehlern seiner eigenen Politik zuzuschreiben ist, vor allem dem Bestreben, an allen Welt-händeln seinen Teil zu haben. „In keinem Teile der Welt konnte ein Vertrag geschlossen, ein Abkommen getroffen werden,“ schreibt der Engländer James W. Headlam in seiner Schrift „England, Deutschland und Europa“ auf Seite 44, „ohne daß Deutschland seine Stimme vernehmen ließ, um mit überflüssigem Nachdruck zu erklären, daß ohne seine Zustimmung kein Abkommen getroffen werden dürfe.“ Das war wirklich so, und es ist ein leichtes, aus der Feder deutscher Schriftsteller Bestätigungen dieser Beschuldigung Deutschlands anzuführen.* Auf ein Beispiel möge aber hier in diesem Zusammenhange hingewiesen werden.

Nachdem Rußland sich in Ostasien eine schwere Niederlage geholt hatte, begann Deutschland einen starken Druck auf Frankreich wegen Marokko auszuüben. Nicht weil Deutschland in Marokko große Interessen hatte, nicht um von einem Stück Marokko Besitz zu nehmen, sondern, wie der „sozialdemokratische“ Lobredner des deutschen Imperialismus, Dr. Paul Lensch,

wünscht einen großen, europäischen Krieg, wie die Dinge zum Schluß 1913 liegen, nicht.“

In den späteren Auflagen wurden im krassen Gegensatz dazu die Dinge so verarbeitet, daß der Leser zum unabweisbaren Schluß sich genötigt sieht, England habe den Krieg seit langem geplant und gewollt. Die erste Auflage aber war merkwürdig schnell aus dem Buchhandel verschwunden.

Ed. B.

* Headlam, an eine Deutsche verheiratet, war bis zum Ausbruch des Krieges entschiedener Deutschfreund.

Ed. B.

selber zugibt, um gegen die „beleidigende Nichtachtung“ Deutschlands zu protestieren. Es begann damit eine Politik, die, nur um Haaresbreite um den Ausbruch des Krieges herumsegelte...“ (Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Seite 10/11.)

Es war und bleibt bis heute die reine Prestigepolitik, die Deutschland treibt. Auf die Frage, warum Deutschland und Österreich nicht an einer Konferenz teilnehmen wollten, die den Streit zwischen Österreich und Serbien schlichten könnte, hat die deutsche Regierung nur eine Antwort: es wäre einer Großmacht unwürdig, ihren Streit mit einem Kleinstaat vor das Forum der anderen Mächte zu tragen, und für diese Prestigepolitik legten sich noch „Genossen“ ins Zeug!...

Natürlich kümmerte sich Deutschland um andere Ambitionen durchaus nicht, wenn es seine Ziele verfolgt. Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina fand statt ohne und gegen den Willen der anderen Mächte, die mit Deutschland und Österreich-Ungarn den Berliner Frieden gemacht und das Schicksal dieser Länder bestimmt hatten. ...“

d) Widersprüche des Schlagwortes.

„Trotzdem ist es durchaus falsch, daß Deutschland in Europa völlig isoliert dastand. Es genügt, auf die Potsdamer Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus vom 10. Dezember 1911 hinzuweisen, wo diese beiden „befreundeten“ Monarchen nicht nur von neuem festgestellt haben, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnten, sondern auch

wichtige Abmachungen über die Verteilung der Einflußsphären in Vorderasien getroffen haben.

Auch zwischen England und Deutschland hatten sich die Verhältnisse bedeutend verbessert, und ein ähnliches Abkommen über Vorderasien und Zentralafrika war schon vor dem Ausbruch des Krieges fertig. Dieses Abkommen war für Deutschland durchaus vorteilhaft, selbst nach dem Zeugnis der Herren deutschen Imperialisten selbst. So schreibt Rohrbach: „In Afrika war uns die englische Politik überraschend weit entgegen gekommen. In der Türkei war nicht nur in der Bagdadbahnfrage dem deutschen Standpunkte weitgehend Rechnung getragen, sondern auch die damit zusammenhängenden Angelegenheiten, die Ausbeutung der mesopotamischen Petroleumfelder und die Tigrisschiffahrt, die England schon ganz allein in Besitz gehabt hatte, waren unter deutscher Beteiligung geregelt...“ (Rohrbach, „Der Krieg und die deutsche Politik“, S. 85.)

Wie kann man nach alledem sagen, England habe danach gestrebt, Deutschland zu isolieren und es in seiner wirtschaftlichen und weltpolitischen Ausdehnung zu hindern? . . . Noch in der allerletzten Zeit trat England mit dem Vorschlag an Deutschland heran, einen ‚Modus vivendi‘ für ein Zusammengehen zu finden. Voraussetzung dafür war allerdings ein Übereinkommen über den Flottenbau Deutschlands. Deutschland forderte von England, daß es in einem europäischen Kriege neutral bleiben solle. England wollte aber bloß versprechen, sich an einen ‚unprovozierten Angriff auf Deutschland‘ nicht zu beteiligen. . . . Unter keinen Umständen aber konnte und wollte England die Machtausdehnung Deutschlands auf dem Kontinent, vor allem

auf Kosten Frankreichs, Belgiens oder Hollands zu lassen. Selbst die politische Herrschaft über diese Staaten durfte England nicht ohne Krieg erlauben. Das wußte Reventlow, das wußte auch die deutsche Regierung sehr gut. England hat auch keinen Zweifel aufgenommen lassen, daß es in diesem Falle an einem Kriege nicht unbeteiligt bleiben werde.

„Das Ergebnis,“ sagt Rohrbach, „wenn England neutral blieb, konnte leicht die vollkommene Niederwerfung Frankreichs und die siegreiche Zurückweisung des russischen Angriffs sein... Wir dürfen uns also nicht darüber täuschen, daß es sich für England keineswegs einfach um die Frage: neutral oder nicht neutral gehandelt hat, sondern um die viel weitergehende: in Zukunft möglicher-, ja wahrscheinlicher Weise einem neuen Deutschland gegenüberzustehen, das imstande sein würde, vielleicht die Überlegenheit über England zu erwerben.“

e) Ein Sozialdemokrat, der die bürgerlichen Imperialisten noch überbietet.

„So die deutschen Imperialisten selbst, und der deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Dr. Lensch, erhebt sich zu der Behauptung, England habe lediglich deshalb am Kriege teilgenommen, um in der Zukunft die Welt zu beherrschen, halbe Kontinente zu verschlingen und ganze Länder versklaven zu können. Man weiß nicht, ob man sich mehr über die Unwissenheit und die dieses neugebackenen ‚Sozialimperialisten‘ oder aber über die Tatsache wundern soll, daß seine durchaus mit chauvinistischem Geiste eines unerträg-

lichen ‚Großdeutschen‘ erfüllte Schrift im Parteiverlag des ‚Vorwärts‘ erscheinen konnte. . . . Man darf allerdings bemerken, daß die Redaktion unseres Zentralorganes auf die Geschäftsführung des Verlages keinen Einfluß hat und daß der ‚Vorwärts‘ diese Schrift als das gewürdigt hat, was sie in der Tat ist, als eine mangelhafte Abschrift der imperialistischen Schriften bürgerlicher Autoren. . . .

Immerhin hat die Feindschaft gegen England selbst in deutschen Arbeiterkreisen Wurzel gefaßt, insbesondere in Hamburg, der Handels- und Reederstadt Deutschlands, die in London ihre Konkurrentin sieht. Es ist deshalb notwendig, die Politik Englands einer objektiven Kritik zu unterwerfen. Wir haben daher die deutschen Imperialisten selbst über England sprechen lassen. Wir könnten die Auszüge aus ihren Werken noch um das Vielfache vermehren, aus denen hervorgeht, daß England im Grunde die bestehenden Zustände verteidigt, die für es allerdings vorteilhaft sind, während Deutschland, das klagt, bei der früheren Weltteilung nicht zugegen gewesen zu sein, eine neue Verschiebung in den Weltverhältnissen hervorrufen will. Vor allem möchte es die belgischen und portugiesischen Kolonien und einen Teil der französischen Kolonien nehmen, womöglich aber auch über Ägypten und Vorderasien allein gebieten. Politisch tritt zweifelsohne Deutschland als Angreifer auf, während England sich auf den ‚Status quo‘ beruft. England gegenüber steht Deutschland geschichtlich im Unrecht; anders aber Rußland gegenüber.“

II. Kapitel zur Geschichte der Legende.

Soweit der Artikel des New Yorker „Vorwärts“. Er konnte natürlich das Thema nicht in bezug auf alle in Betracht kommenden Punkte behandeln, und seine Fortsetzung ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Daher sei er hier noch durch einige Kapitel ergänzt.

f) A u s d e r G e s c h i c h t e d e r „E i n k r e i s u n g“.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatten sich die Beziehungen zwischen Frankreich und England infolge verschiedener Streitigkeiten auf dem Gebiet der Kolonialpolitik — die Fragen Siams, des Sudans, (Faschoda!), Madagaskars, der Neufundland-Fischerei — so zugespitzt, daß es darüber beinahe zum Krieg zwischen den beiden Nationen gekommen wäre. Während aber demokratische Engländer sich darauf verlegten, eine Aussöhnung mit Frankreich anzubahnen, suchte die damalige konservativ-unionistische Regierung, durch eine Abmachung mit Deutschland sich einen möglichen Bundesgenossen gegen Frankreich zu sichern. „Deutschland ist der geborene Bundesgenosse Englands“, verkündete am 30. November 1899 ihr energischstes Mitglied, der Kolonialminister Joseph Chamberlain in einer großen Rede zu Leicester, und 1901 trat er mit bestimmten Vorschlägen an Deutschland heran, ohne aber die erhoffte Gegenliebe zu finden. Dies und die im Gegenteil mit fieberhaftem Eifer be-

triebene Vergrößerung der deutschen Kriegsflotte legten es den maßgebenden Politikern Englands nahe, nun doch einen Ausgleich mit Frankreich nach dem Grundsatz von Geben und Nehmen zu versuchen. Es ward ihnen das durch die Mitwirkung des damals gerade auf den englischen Thron gelangten Eduard VII. erleichtert, der ein alter Freund der Franzosen war, und so kam 1904 das Abkommen zustande, das in einem Freundschaftsbündnis allgemeiner Natur eine Art Weihe fand. Es erhielt denselben Namen, den wenige Jahre vorher eine von dem radikal-demokratischen Schriftsteller W. Thompson, Chefredakteur von „Reynolds Newspaper“ gegründete englisch-französische Vereinigung sich gegeben hatte, nämlich Entente cordiale, wörtlich: herzliches Einvernehmen, was andeuten sollte, daß es keinen punktierten Bündnisvertrag darstellte.

Nun hatte zu jener Zeit Frankreich längst sein Bündnis mit Rußland geschlossen. Von dem Augenblicke an, wo England in intimere Beziehung zu Frankreich trat, war infolgedessen damit der Sache nach auch schon dessen Freundschaftsbündnis mit Rußland angezeigt. Das eine Einvernehmen konnte nicht ohne das andere sein. Eines zog das andere mit Notwendigkeit nach sich. 1907 ward denn auch ein ähnliches Abkommen zwischen England und Rußland vereinbart, womit zwischen den drei Großmächten, die Deutschland von Westen, Nordwesten, Osten und Nordosten her umgeben, eine diplomatische Vereinigung geschaffen war, der Tripleentente (deutsch: Einvernehmen zu dritt) genannte Freundschaftsbund, der natürlich, wenn er sich feindselig gegen Deutschland kehrte, diesem leicht unbequem werden konnte, den aber nach Lage der Dinge Deutschland doch nur zu fürchten hatte, wenn es selbst

eine aggressive Politik verfolgte. Etwas später erfolgte eine längst angebahnte Verständigung mit Italien, die indes dessen Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn unberührt ließ, wenn sie auch seinen Wert für Italien naturgemäß verminderte. Dies die schreckliche Einkreisung Deutschlands. Sie ist nicht das Werk eines weitausgreifenden, mit teuflischem Geschick gesponnenen Planes, sondern im wesentlichen ein Produkt der Umstände, bei dem es fraglich ist, wer mehr dazu beigetragen hat, ihr Geburtshilfe zu leisten: das Unterhändler talent Eduards VII. oder das Talent der Staatskunst Wilhelms II., Mißtrauen gegen sich zu erregen.*

g) Die Staatskunst der gepanzerten Faust.

Als nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens am 19. April 1904 der damalige englische Staatssekretär des Äußeren, Lord Lansdowne, die Schriftstücke über diese Abmachung dem Haus der Lords vorlegte, bemerkte der Wortführer der liberalen Opposition in der Peerskammer, der radikale Lord Spencer („Bobby Spencer“), er könne nicht umhin, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der gleiche Erfolg, der diese Unterhandlungen gekrönt habe, auch die Ausgleichung der mit anderen Ländern obwaltenden Differenzen begleiten möge. Worauf Lord Lansdowne in seiner Antwort folgende Erklärung abgab:

„Ich füge nur noch hinzu, daß ich dem Widerhall zu geben wünsche, was der edle Lord am Schluß

* Die Briefe Wilhelms II. an Nikolaus II., deren Inhalt letzterer schwerlich in seinem Busen bewahrt hat, waren nur zu geeignet, dies Mißtrauen zu nähren.

seiner Ausführungen gesagt hat, und die Hoffnung ausdrücken, die ich mit ihm hege, daß das in diesem Fall erreichte Abkommen ein nützliches Vorbild abgeben möge für unsere Verhandlungen mit andern Mächten.“ (Vgl. den damaligen amtlichen Bericht, dem dies und die folgenden Zitate entnommen sind.)

Eine bestimmtere Sprache in diesem Sinne ward im Haus der Gemeinen geführt, wo das Abkommen am 1. Juni 1904 zur Verhandlung kam. Dort erklärte der Regierungsvertreter Earl Percy:

„Das Abkommen wird, so hoffe ich, sich nicht nur als sehr nützlich für diejenigen erweisen, für die unser Einfluß geltend gemacht worden ist, sondern auch ein brauchbares Muster abgeben für die Ausglei chung von anderwärts zwischen uns und rivalisierenden Nationen obwaltenden Differenzen, die in hohem Grade zur Mehrung jener Gefühle von Eifersucht und Mißtrauen beigetragen haben, infolge deren die Ausbreitung des Einflusses des Westens so sehr hintenangelassen worden ist.“

Für die in der Opposition befindlichen Liberalen erwiderte Sir Edward Grey:

„Ich heiße die Vereinbarung willkommen und hoffe, wie dies der edle Lord erklärt hat, daß die Regierung keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, sie als praktisches Muster für andere Fälle zu benutzen, wo dies möglich ist.“

Und Greys Parteigenosse, Augustine Birrel, schloß drei Wochen später, am 20. Juni 1904, in seinem Wahlort Bristol, eine politische Programmrede mit den Worten: „England muß auf der Bahn, die es durch das Abkommen mit Frankreich beschritten hat, weiterwandeln und Verträge gleicher Art mit **stammesverwandten** Nationen abschließen.“

Ebenso schrieb das Organ der Regierungspartei, der konservative „Standard“ am 23. Juni 1904:

„Nichts würde der englischen Nation mehr gefallen, als wenn in den politischen Zirkeln Deutschlands sich eine freundliche Stimmung gegenüber England als im Zunehmen begriffen feststellen ließe. Mit dem Volk, als einer Summe von Individuen, ist es niemals zu einer ernsten oder doch nicht zu einer andauernden Feindschaft gekommen.“

Zwei Tage darauf erfolgte der Besuch Eduards VII. in Kiel und ein Austausch von Freundschaftsreden zwischen Wilhelm und dem englischen König. Wie viel oder wie wenig Gewicht man nun auch Monarchenbesuchen und den dabei üblichen Reden beilegen mag, so war doch in diesem Fall der Besuch eine ziemlich deutliche Unterzeichnung der obigen Parlamentsreden. In Hinblick auf ihn hatte der Standard in dem zweiten Artikel noch ausgeführt, daß eine freundliche Verständigung mit Deutschland über koloniale Fragen sehr wohl möglich sei, wenn sie auch nicht schon in Kiel sofort abgeschlossen werden könne.

Warum ist sie aber nicht wenigstens, kann man fragen, in der Folge jenes Besuchs eingetreten? Die Tangerfahrt von 1905 mit der gepanzerten Faust gibt die Antwort darauf. Sie veränderte mit einem Schlage die politische Situation. Nachdem die deutsche Regierung 1904 in Antwort auf eine Interpellation im Reichstag kategorisch erklärt hatte, daß durch das englisch-französische Abkommen über Ägypten und Marokko deutsche Interessen in keiner Weise berührt würden, ward im März 1905 plötzlich jene Fahrt unternommen und mit Reden und Erklärungen ergänzt, die allseitig als eine Aufstachelung des reformfeindlichen Sultans

von Marokko gegen das auf Reformen drängende Frankreich aufgefaßt wurden, für das England in der Marokkofrage einzutreten verpflichtet war.

Die Ansprache, die Wilhelm II. an den ihm entgegengegangenen Oheim des Sultans hielt, betont wiederholt und demonstrativ, daß er den Sultan als einen „unabhängigen Souverän“ aufsuche, und läuft in die Erklärung aus, er, Wilhelm, wolle mit dem Sultan als „völlig freien Souverän“ sich über die besonderen Mittel verständigen, Deutschlands Interessen in Marokko zu schützen. „Was die Reformen anlangt,“ heißt es dann wörtlich, „die der Sultan zu machen beabsichtigt, so scheint es mir, daß er mit großer Vorsicht vorgehen muß, indem er Rücksicht nimmt auf die religiösen Gefühle der Bevölkerung, damit die öffentliche Ordnung nicht gestört wird“.

Diese mit Sorgfalt vorher ausgearbeitete Rede aus dem Munde des Mannes, der 1898 sich der muselmännischen Welt als ihr Schutzherr präsentiert hatte, konnte nicht anders als ein Drohwort an die Adresse Frankreichs aufgefaßt werden, das durch seine an Marokko angrenzende Kolonie Algier in weit höherem Grade als Deutschland an der Schaffung gesetzlicher Zustände im ersteren Lande, interessiert war, mit dem seine Beziehungen obendrein auf Jahrhunderte zurückgehen. Sie rief denn auch in Frankreich ungeheure Aufregung hervor, und es hat nur wenig gefehlt, daß es darüber zum Krieg kam. Das herausfordernde Auftreten Deutschlands zu jener Zeit ist von Kurt Eisner in seiner 1904 erschienenen Schrift „Der Sultan des Weltkrieges“ (Dresden, Kaden & Co.), auf Grund sorgfältigen Studiums der diplomatischen Akten mit pro-

phetischem Blick für die Folgen gekennzeichnet worden.*

Aus seinem Buch ersieht man unter anderm, daß, wenn der Krieg damals vermieden wurde, dies in hohem Grade dem großen Sozialisten Jean Jaurès geschuldet war. Denn Jaurès war es, der, von seiner Partei unterstützt, in den kritischen Tagen sich als der sicherste und stärkste Beistand des auf Erhaltung des Friedens bedachten französischen Ministerpräsidenten Rouvier bewährte und den Rücktritt des Staatssekretärs des Äußern Delcassé erwirkte, der von der Berliner Regierung als Gegenstand ihres besonderen Mißtrauens hingestellt worden war. Aber Jaurès hatte auch in der Humanité geschrieben:

„Unser Land wünscht leidenschaftlich den Frieden. Es würde einen Konflikt nicht leichten Her-

* Daß Eisner der damaligen deutschen Politik nicht unrecht getan hat, ist später aus offiziellem Munde eingestanden worden. Klassisches Zeugnis hat z. B. dafür im Augustheft 1916 der „Preußischen Jahrbücher“ der mit dem Auswärtigen Amt damals in enger Beziehung stehende Geschichtsprofessor Veit Valentin in einer Polemik mit dem Grafen Reventlow abgelegt. Gegen diesen, der in der neuen Auflage seines vorerwähnten Buches der deutschen Politik es zum Vorwurf machte, 1905 zu friedliebend gewesen zu sein, schreibt Valentin:

„Weiß Graf Reventlow nicht, daß unsere Leitung im Sommer 1905 Drohungen an Frankreichs Adresse hat gelangen lassen, die von der ‚unbedingten Friedensliebe‘ sehr weit entfernt waren, und deren Erfolg es gewesen ist, Frankreich und England auseinander zu treiben? Ebensowenig kommt der bedeutende taktische Erfolg Bülow's, die Entlassung Delcassés, zu einer sachgemäßen Darstellung.“

Selbstverständlich konnten die Erfolge, die Herr Valentin da der deutschen Politik zuschreibt, nur Tageserfolge sein, während die verbitternde Wirkung ihres Vorgehens auf die Geister noch lange vorhielt. Übrigens hatte es mit jenen Erfolgen, wie oben ersichtlich, auch sonst seine Bewandnis.

zens hinnehmen . . . Aber diese Klugheit bedeutet nicht Furcht. Wenn Frankreich das Ziel eines schändlichen und ungerechtfertigten Angriffes würde, so würde es sich mit allen seinen Lebenskräften gegen ein solches Attentat erheben.“ (Eisner, a. a. O., S. 59.)

Berlin zog sich hinter die Forderung einer internationalen Mächtekonferenz zur Regelung der Marokkofrage zurück, womit das so pomphaft verbürgte Eintreten für die „volle Unabhängigkeit“ Marokkos grundsätzlich schon wieder aufgegeben war, und Frankreich willigte, um den Krieg zu vermeiden, ein. War das ein Erfolg, so wird selbst der blindeste Lobredner der damaligen Berliner Politik den Ausgang der dann in Algeciras abgehaltenen Konferenz nicht als einen solchen hinzustellen wagen. Sie mußte in dem Punkt, auf den es ihr angekommen war, nachgeben und sich mit einigen Zugeständnissen kommerzieller Natur begnügen, die auch ohne das Heraufbeschwören der Kriegsgefahr hätten erzielt werden können. Nur den Vertreter Österreichs fand sie in Algeciras an ihrer Seite, sonst hatte sie sich mit ihrer Unterstützung der reaktionären Tendenzen des Sultans Abdul Asis gründlich selbst „eingekreist“.

Es dauerte eine gute Weile, bis die üble Nachwirkung dieser Aktion sich einigermaßen legte. Der Eindruck, daß es sich um einen deutscherseits vom Zaun gebrochenen Streit handelte, war im Ausland ziemlich allgemein, und in Frankreich war die Anschauung weit verbreitet, Deutschland habe den Umstand, daß Rußland durch die im Krieg mit Japan erlittene Niederlage für eine Weile entkräftet war, zu einem Krieg mit Frankreich ausnutzen wollen. „Bernstein, wir haben 25 Jahre vergebens für den Frieden gearbeitet,“

sagte der damals in Berlin lebende Mitbegründer des seinerzeit am entschiedensten international gesinnten marxistischen Flügels der französischen Sozialisten, Duc Quercy, niedergeschlagen zum Schreiber dieses, und Jaurès, um die möglichst starke Sicherung des Friedens bemüht, betrieb auf dem Internationalen Sozialistenkongreß, der 1907 in Stuttgart zusammentrat, die Annahme einer Resolution, welche die Sozialisten aller Länder verpflichten sollte, die Kriegserklärung mit dem Generalstreik zu beantworten.

Grundfalsch ist es, mit Veit Valentin zu behaupten, daß Deutschlands schroffes Auftreten von 1905 den Erfolg gehabt habe, „Frankreich und England auseinanderzutreiben“. Was damals in England auseinanderbrach, war die konservative und unionistische Regierung, aber nicht wegen außenpolitischer Fragen, sondern im Streit um die Handelspolitik (Chamberlains Reichszollverband-Plan). Sie trat Ende 1905 zurück und wurde durch das stark pazifistisch gesinnte radikale Kabinett Campbell Bannermann-Asquith-Grey ersetzt, das allerdings für eine kriegserische Unterstützung Frankreichs nicht zu haben gewesen wäre, wenn dieses durch schroffes Auftreten Deutschland einen Kriegsvorwand geliefert hätte. Wie aber Grey in seiner großen Rede vom 3. August 1914 dem Haus der Gemeinen mitgeteilt hat, hat er jedoch damals dem Botschafter der französischen Regierung erklärt und dies gleichzeitig auch die deutsche Regierung wissen lassen, daß, wenn Frankreich aus Anlaß des mit England 1904 geschlossenen Vertrags in Sachen Marokkos ein Krieg aufgezwungen werden sollte, nach seiner Ansicht die öffentliche Meinung Englands „zur materiellen Unterstützung Frankreichs sich zusammenfinden würde.“

Außerdem machte Grey im Einverständnis mit seinen obengenannten Kollegen und dem Minister Haldane, der damals das Kriegsamt unter sich hatte, der französischen Regierung das weitere Zugeständnis, daß die Heeres- und Marinesachverständigen beider Länder von Zeit zu Zeit sollten zusammenkommen dürfen, um sich über ihre Anordnungen zu unterhalten. So wenig waren die Kabinette auseinandergetrieben. Zwar hieß es in der Abmachung noch, daß nichts, was zwischen diesen Sachverständigen vorgehen sollte, die Regierungen selbst in irgendeiner Weise binden dürfe. Aber diese Klausel hatte wohl einen Wert für die Gewissen der Vereinbarer der Abmachung, änderte aber nichts daran, daß das Endresultat der Tangerfahrt das war, die beiden Länder in ein festeres Verhältnis zueinander zu bringen, als vorher zwischen ihnen bestanden hatte.

Bei alledem blieb die auswärtige Politik des Kabinetts Campbell Bannermann der Absicht nach entschieden pazifistisch. Es gab dieser Tendenz dadurch greifbaren Ausdruck, daß es in seinem ersten Budget die Ausgaben für die Flotte um über 40 Millionen Mark herabsetzte. Die deutsche Regierung ließ sich jedoch nicht veranlassen, ihrerseits von einer fortgesetzten Steigerung des Flottenbudgets abzusehen. Sie verhinderte vielmehr durch ihren Einspruch, daß auf dem Haager Friedenskongreß von 1907 die Frage der Einschränkung der Rüstungen verhandelt wurde, und kam schon im Jahr darauf mit einem neuen Flottenbauplan heraus.* Sie unterstützte 1908 Österreich, als es den politischen Umschwung in der Türkei zum Anlaß

*) Er bestand darin, daß die Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt wurde, was den Bau von 5 weiteren Linienschiffen für die nächsten Jahre notwendig machte.

nahm, Bosnien zu annektieren, und damit die Balkanfrage aufs neue ins Rollen brachte. Andererseits machte sie Frankreich mit Bezug auf dessen Sonderstellung in Marokko Zugeständnisse, und es kommt 1909 zu einem deutsch-französischen Abkommen über die Auslegung strittiger Punkte des Vertrags von Algéciras, in dem Deutschland ausdrücklich anerkennt, daß „die besonderen politischen Interessen Frankreichs in Marokko dort auch mit der Festigung der Ordnung und Festigung des Friedens im Innern verbunden sind.“ Bei den Besuchen Eduards VII. in Deutschland kommt ein immer stärkerer Wunsch nach Ausgleichung von Differenzpunkten zum Ausdruck, gegenseitige Besuche Wilhelms II. und Nikolaus II. geben 1910 zu Kundgebungen Anlaß, wonach die Beziehungen der beiden Kaiserreiche Rußland und Deutschland nichts zu wünschen übrig lassen. Vom Tripolis-Abenteuer Italiens abgesehen, bot die Welt einen so friedlichen Anblick wie seit langem nicht.

Da erfolgte im Sommer 1911 plötzlich der „Panthersprung“, die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes Panther nach Agadir an der Westküste Marokkos, der Streit um Frankreichs Rechtsstellung in diesem Land wird von neuem aufgerollt und gestaltet sich zum Streit um die Forderung Deutschlands nach einer für den Verzicht auf Marokko zu gewährenden Entschädigung. Nachdem er in Deutschland einen Entrüstungsturm gegen England herbeigeführt hat wegen einer Rede Lloyd Georges, in der dieser erklärt hatte, England könne auf sein Recht, in der Marokkofrage gehört zu werden, nicht verzichten, wird er nach langen Unterhandlungen, die zweimal ins Stocken gerieten und durch einen Krieg beendet zu werden drohten, im Herbst 1911 mühsam geschlich-

tet. Auf der einen Seite wird er in seiner akuten Gestalt durch das französisch-deutsche Abkommen vom November 1911 behoben, durch das Deutschland seine Entschädigung in Gestalt des später Neukamerun bezeichneten Teils des französischen Kongo erhält, auf der andern erfolgt Anfang 1912 nach vorhergegangenen unverbindlichen Anknüpfungsversuchen die Reise des englischen Staatsministers Haldane nach Berlin, die den Zweck hat, durch offene gegenseitige Aussprache Behebung der Streitigkeiten zwischen England und Deutschland zu erzielen, die also jedenfalls nicht Einkreisungspolitik hieß. Infolge welcher Forderungen Deutschlands ein voller Erfolg nicht erzielt werden konnte, ist bekannt. England sollte sich verpflichten, so verlangte man in Berlin, neutral zu bleiben, falls Deutschland ein Krieg „aufgezwungen“ werden würde. Welcher Dehnbarkeit der Begriff „aufgezwungen werden“ fähig ist, braucht heute nicht erst des breiteren entwickelt zu werden. Es hat noch keine Macht einen Krieg erklärt, ohne ihn damit zu begründen, daß sie zu ihm „g e z w u n g e n“ worden sei. Der Verdacht, daß die Forderung auf eine Fortsetzung der Politik der gepanzerten Faust hinauslaufe, wird begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß sie gestellt wurde, ehe noch ein Jahr seit dem Panthersprung nach Agadir verstrichen war.

h) Die kolonialpolitische Rückwirkung des Zustandekommens der Triple- Entente.

Unter zwei Gesichtspunkten konnte die „Einkreisung“ Deutschlands diesem Grund zum Mißvergnügen geben: als Gefährdung oder direkte Schädigung seiner

kolonialpolitischen Entwicklung und als Gefährdung oder direkte Schädigung seines Handels- und Wirtschaftslebens im allgemeinen. Was das erstere betrifft, so wird von den deutschen Imperialisten erklärt und von einigen Sozialdemokraten wiederholt, die Triple-Entente habe sich in der Praxis als „Länderverteilungssyndikat“ betätigt, das Riesengebiete unter sich verteilt und Deutschland das leere Nachsehen gelassen habe. Nimmt man aber die Liste der Gebiete, die in solcher Weise verteilt worden sein sollen, in näheren Augenschein, so wird man finden, daß es sich da entweder um Länder oder Provinzen handelt, die, wie Ägypten, Marokko, Nordpersien, schon vor dem Zustandekommen der Triple-Entente in irgendeiner Form dem Interessengebiet der diese bildenden Mächte angehörten, oder aber um Gebiete (Südpersien, Arabien), die selbst 1914 noch nicht in ein festes Verhältnis zu einer der Ententemächte getreten, noch keiner von ihnen angegliedert waren. Auch schrumpfen die Zahlen über die Größe der Gebiete sehr zusammen, wenn man unbewohnbare Wüsten und Gebirgszüge in Abzug bringt. Arabien z. B. bedeckt 3 Millionen Quadratkilometer, aber der weitaus größte Teil davon — weit mehr als drei Viertel — ist unwirtliches Gebirgs- oder Wüstenland. Ferner genoß Deutschland fast überall die Rechte der offenen Tür, in Marokko außerdem noch Beteiligung an Sonderrechten Frankreichs, und schließlich war ihm, wie schon bemerkt, durch den Marokkovertrag von 1911 das später Neukamerun genannte Stück des französischen Kongo im Umfange von 275 000 Quadratkilometer zugefallen, waren ihm ferner durch die von Rohrbach erwähnten Verträge mit England, die schon Ende 1913 unterzeichnet waren und nur noch der Veröffentlichung

hariten, als der Krieg ausbrach, Förderung seiner Pläne auf Ausdehnung des Schutzgebiets in Südwestafrika nach Norden und Nordosten hin sowie der mit dem Bau der Bagdadbahn verbundenen Unternehmungen zugesichert worden, die der kolonialen Betätigung einen sehr weiten Spielraum eröffneten. Die Bekanntgabe dieser Abmachungen ist dem deutschen Volk damals vorenthalten worden.* Tatsache ist, daß in bezug auf koloniale Ausdehnung Deutschland unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in günstigerer Lage sich befand als zu irgendeiner früheren Zeit. Wenn also wirklich die koloniale Ausdehnung für Deutschlands wirtschaftliche Entfaltung ein Lebensbedürfnis war, so lag zu keiner Zeit weniger Notwendigkeit vor, sich diese Ent-

* Der Erz-Nationalist Graf Reventlow hat in der dritten Auflage seines Buches „Deutschlands auswärtige Politik 1888 bis 1913“ behauptet, die britische Regierung habe tückischerweise die Geheimhaltung des Vertrages hinsichtlich der etwaigen Neubildung der portugiesischen Kolonien ausbedungen, um Deutschland hinterher einen Streich spielen zu können. Aus der verdienstvollen Denkschrift des Fürsten Lichnowski weiß man jetzt, daß das nicht wahr ist, daß im Gegenteil die englische Regierung auf die Bekanntgabe der Abkommen drängte und Berlin dagegen sie verschleppte. Schon im Berliner Tageblatt vom 13. Juni 1916 schrieß dessen Chefredakteur Theodor Wolff: „Auch diese Angaben des nationalistischen Historikers stimmen nicht. Der deutsch-englische Vertrag wurde Ende 1913 fertiggestellt und im Januar 1914 paraphiert (unterzeichnet). Sir Edward Grey wünschte die Veröffentlichung und schlug auch die gleichzeitige Bekanntgabe des älteren, im Jahre 1898 abgeschlossenen Afrikavertrages vor. Aus Gründen, die man später vielleicht mitteilen wird, war die Berliner Diplomatie der Veröffentlichung abgeneigt.“ Was für Gründe das sind, deren Mitteilung der gut unterrichtete Leiter des liberalen Blattes damals einer späteren Zeit vorbehielt, kann man sich unschwer vorstellen. Jedenfalls hat die Nichtveröffentlichung des besagten Abkommens und des gleichzeitig mit ihm zustande gekommenen Einvernehmens hinsichtlich der Bagdadbahn viel dazu beigetragen, die Ausbeutung der Legende von der Einkreisung im Volk zu erleichtern.

faltung durch einen Krieg zu sichern, als im Sommer 1914.

i) Die Einkreisung und Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung.

Wie steht es aber mit der Rückwirkung der „Einkreisung“ auf Deutschlands Wirtschaftsentwicklung? Hat diese „Einkreisung“ und die behauptete Expansion der Einkreisungsmächte ein Zurückbleiben der Volkswirtschaft Deutschlands gegenüber der Volkswirtschaft jener zur Folge gehabt? Man weiß, daß das Umgekehrte der Fall ist.

In den Jahren seit der sogenannten Einkreisung haben weder England noch Frankreich noch Rußland eine Steigerung ihrer Volkswirtschaft und Zunahme ihres Nationalreichtums erfahren, die günstigere Zahlen aufweisen als die gleichzeitige deutsche Wirtschafts- und Vermögensentwicklung. Was insbesondere die *Warenausfuhr* der genannten Länder anbetrifft, so ergeben die Zusammenstellungen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich darüber folgendes Bild. Es betrug der Gesamtwert des Eigenhandels in der Ausfuhr in Millionen Mark von:

	1904	1912	1913
England	6 134,1	9 939,3	10 719,4
Frankreich	3 560,8	5 370,1	5 500,1
Rußland	2 173,8	3 280,6	—
Deutschland	5 222,8	8 956,8	10 097,8

Während der Wert von Rußlands Ausfuhr um rund 50, Frankreichs um rund 56, Englands, d. h. Großbritanniens, um rund 76 vom Hundert zunahm, stieg in derselben Zeit der Wert der Ausfuhr Deutschlands um über 90 vom Hundert. Nicht anders ist das

Bild der Produktionsstatistik. Und wenn wir nach der Vermögensbildung als für die heutige Gesellschaft entscheidenden Anzeiger des Nationalwohlstandes fragen, so erzählen uns gerade die autorisiertesten Vertreter der deutschen Volkswirtschaft, Praktiker wie Theoretiker, daß Deutschland dabei war, alle seine europäischen Rivalen zu überflügeln. Es war kein anderer als der spätere Schatzkanzler des Reiches, Herr Professor Helfferich, der am Vorabend des Krieges das Wort vom „reichen Deutschland“ prägte, der ein ganzes Buch schrieb, um den Deutschen zu zeigen, wie heidenmässig viel Geld sie haben, wie üppig es auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens um Deutschland stehe, und daß die Deutschen infolgedessen — — —

Herr Helfferich hat damals das Wort nicht ausgesprochen, aber andere haben die Folgerung gezogen. Nämlich die, daß Deutschland reich genug sei, um sich „zur Abwechslung“ einen Krieg leisten zu können. Und in der Tat, nicht Not oder Armut Deutschlands oder auch nur Zurückbleiben seines Wohlstands im Verhältnis zu dem anderer Länder war es, was diejenigen Elemente nicht ruhen ließ, welche in Deutschland auf den Krieg hin arbeiteten, sondern im Gegenteil jenes Gefühl des Übermutes, das den Protzen auf den vollen Geldsack schlagen läßt, wenn er für wahnsinnige Zwecke Unsummen mit den Worten wegwirft: „Meine Mittel erlauben mir das.“ So berief sich General von Bernhardi in seinem Buch „Deutschland und der nächste Krieg“, das so viel dazu beigetragen hat, Stimmung für den Krieg zu machen, auf einen Vortrag des Nationalökonomen Professor Dade, worin dieser nachwies, daß, wie Deutschlands Industrie und Handel, so auch sein Vermögenszuwachs.

unausgesetzt aufsteige. Und wie sehr letzteres stimmt, erzählt Herr Helfferich am Vorabend des Krieges:

„Das deutsche Volkseinkommen — Herr Helfferich meint das *Nationaleinkommen*, wovon das Volkseinkommen nur ein Teil ist — beträgt heute rund 43 Milliarden jährlich, gegen 23—25 Milliarden Mark um das Jahr 1895.

10 Milliarden Mark wachsen als Mehrung dem Volksvermögen — soll heißen *Nationalreichtum* — jährlich zu, gegen etwa 4½ bis 5 Milliarden vor 15 Jahren. Das deutsche Volksvermögen — wieder falscher Ausdruck für *Nationalreichtum* — beträgt heute mehr als 300 Milliarden Mark, gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.“

So sah es wirtschaftlich um das Deutsche Reich aus, als man Österreich-Ungarn erlaubte, durch Einmarsch in Serbien und Ablehnung jeder internationalen Schlichtung oder Vermittlung seines Streits mit dem von ihm wirklich eingeschnürten serbischen Kleinstaat den Weltkrieg heraufzubeschwören, den Deutschlands Kriegserklärung an Rußland und Frankreich unabwendbar machte: ein gewaltiger Aufschwung der Industrie, ein blühender Außenhandel, letzterer mit keinem Reich stärker als mit dem britischen Weltreich, mit dem allein Deutschland im Jahre 1913 Güter im Wert von über 2,3 Milliarden Mark damaliger Valuta austauschte, ein fabelhaftes Anschwellen des Nationalreichtums! Unter diesen Umständen dem deutschen Volk erzählen, daß Deutschland sich gegen „politische Einkreisung“ und „wirtschaftliche Einschnürung“ habe zur Wehr setzen müssen, heißt es **in verwerflichster Weise irreführen.**

III. Zwei Zeugnisse.

k) Fürst Bülow über die Einkreisung.

Einer nach dem andern haben Staatsmänner und Heerführer Wilhelms II. zur Feder gegriffen und Bücher geschrieben, die entweder nur die politische Vorgeschichte und Geschichte des Krieges behandeln oder eine Verbindung von politischer und militärischer Kriegsgeschichte darbieten. In einer Hinsicht sind die Verfasser alle auf den gleichen Ton gestimmt. Das kaiserliche Deutschland erklären sie sämtlich für wider den Willen seiner Regierung in den Krieg getrieben. Durch die Bank erklären sie die Triple-Entente für schuldig am Krieg und weichen nur in der Verteilung der Schuld an die Ententemächte von einander ab. Daneben aber gibt es bei ihnen, wie man weiß, allerhand sachliche und persönliche Differenzen, die sich bei einigen in teils offener und teils verhüllter Polemik Luft machen und sie Personen und Vorgänge sehr verschieden abschätzen lassen. Hält man sie gegeneinander, so kommt beim Vergleichen manchmal mehr zutage, als in der Absicht der Verfasser lag, weil der eine unbewußt den andern ergänzt. Das trifft auch auf die hier behandelten Fragen zu. Als Beispiel mögen zwei Stücke dienen.

In seinem 1916 erschienenen Buch „Deutsche Politik“ beschäftigt sich Fürst Bülow auch mit der Einkreisungsfrage. Da er als Diplomat einen Ruf zu verlieren hat, behandelt er sie weniger plump, als es das

nationalistische Zeitungsgeschreibe tat und tut. Nach ihm, der es doch besser wissen muß als jene, gab es nur eine gar nicht sehr lange „Ära“ einer „Einkreisung“ Deutschlands durch England, und auch für sie braucht er vorsichtig den Ausdruck „sogenannte englische Einkreisungspolitik“ (a. a. O. S. 58). Von Eduard VII., der als ihr Betreiber gilt, sagt er: „Seine Politik richtete sich nicht so sehr direkt gegen deutsche Interessen, als daß sie versuchte, durch Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse Deutschland mattzusetzen.“ Das bestätigt mit anderen Worten unsere obige Bemerkung, daß es sich um eine Sicherung gegen etwaige Angriffsabsichten Deutschlands handelte. Und diese Einkreisung hat nach Bülow schon 1908 sich als illusorisch erwiesen, als Österreich-Ungarn Bosnien annektierte. Da habe Deutschlands Erklärung, in Nibelungentreue zu Österreich-Ungarn zu stehen, genügt, trotz England eine Aktion der Triple-Entente gegen diese Durchlöcherung des Berliner Vertrages nicht zustandekommen zu lassen. Vor dem „in die Wagschale geworfenen deutschen Schwert“ sei die Entente zurückgewichen. Triumphierend schreibt Bülow:

„Die Stunde war da, die zeigen mußte, ob Deutschland durch die Einkreisungspolitik wirklich mattgesetzt war, ob die in den Kreis der antideutschen Politik gezogenen Mächte es mit ihrem europäischen Lebensinteresse vereinbar finden würden, feindlich gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten aufzutreten oder nicht. Der Verlauf der bosnischen Krise wurde tatsächlich das Ende der Einkreisungspolitik Eduards VII. Keine Macht zeigte Lust, die eigenen europäischen Interessen unterzuordnen und die eigenen Knochen für andere zu Markte zu tragen. Durch die bosnische Annexionskrise wurde weder

der Krieg entfesselt, noch auch nur unser Verhältnis zu Rußland ernstlich geschädigt. Die sehr überschätzte Konstellation von Algeciras zerbarst an den handfesten Fragen der Kontinentalpolitik. Italien blieb an der Seite seiner Verbündeten, Frankreich verhielt sich abwartend und nicht unfreundlich für Deutschland, und Kaiser Nikolaus entschied sich für einen gütlichen Ausgleich der bestehenden Schwierigkeiten. So erwies sich damals die kunstvolle Einkreisung und Isolierung Deutschlands, während einiger Zeit das Schreckbild ängstlicher Gemüter, als ein diplomatisches Blendwerk, dem die realpolitischen Voraussetzungen fehlten.“ — — — — —

„Über den Eindruck, den unser Erfolg in St. Petersburg hinterlassen hatte, schrieb Baron Greindl. man empfinde dort, daß die Triple-Entente Rußland keine genügende Stütze biete, um auf mindestens normale Beziehungen zu Deutschland verzichten zu können. Die Erfahrung habe Rußland die Wirkungslosigkeit der von König Eduard gebildeten Koalition beim erstenmal gezeigt, wo diese auf die Probe gestellt worden wäre. Der belgische Geschäftsträger in Paris berichtete um dieselbe Zeit, in Frankreich sei von dem frenetischen Enthusiasmus, mit dem dort erst die russische Allianz begrüßt worden wäre, nicht mehr viel zu spüren. Der jener Isolierungspolitik zugrunde liegende Rechenfehler war der gewesen, daß sie die europäische Großmachtstellung des Deutschen Reiches nicht mit ihrem vollen Wert als Faktor in die politische Rechnung eingestellt hatte.“ — —

„Der Dreibund war eine Macht, gegen die sich um ferner liegender Interessen willen selbst von einer geschickten Diplomatie keine Macht vorschieben ließ, gegen die jede Macht den Kampf nur um letzte Lebensfragen wagen konnte. Last not least waren die Festlandmächte vielfach durch Interessen verbunden, die sich der deutsch-englischen Rivalität auf der See und im Welthandel nicht unterordnen ließen. Nur mit England stand Deutschland in weltpolitischer Verrechnung. Bei allen anderen europäischen Mäch-

ten kam die kontinentalpolitische Gegenrechnung für die Gestaltung ihrer Beziehungen zum Deutschen Reich entscheidend in Betracht. Wie recht die Mächte des Festlandes damals hatten, neben und vor allen Interessengemeinschaften mit Deutschland den Respekt vor dem in Kraft und Kräften starrenden deutschen Nachbarn in die große politische Berechnung zu stellen, das haben die vergangenen Kriegsmomente bewiesen, in denen die englische Freundschaft die Furchtbarkeit der deutschen Feindschaft nicht zu beschwören, und von denen, die auf diese Freundschaft gebaut hatten, das Verderben nicht abzuwenden vermochte.“

Es ist nicht nötig, über diesen Anfang 1916 ausgestoßenen Jubelruf, soweit der Weltkrieg in Frage kommt, Worte zu verlieren. Er legt nur Zeugnis davon ab, wie sehr auch die größte Weltgewandtheit den Staatsmann nicht vor groben Rechenfehlern schützt, wenn er mit den in der Seele der Völker lebenden Empfindungen leichtes Spiel treiben zu können glaubt. Tatsächlich wurzelte der Erfolg von 1908, auf den Bülow so stolz ist, in der Abneigung aller Völker gegen den Krieg. Aber wenn die Staatsmänner der Entente es damals auf einen solchen nicht ankommen ließen, so geht daraus sicherlich noch nicht hervor, daß damit das drohende Gebahren des kaiserlichen Deutschland aus ihrem Gedächtnis ausgelöscht war. Deutschland hatte die „Einkreisung“ nicht zu fürchten, solange es nicht selbst den Krieg erklärte. Sein wiederholtes Drohen hatte aber die Wirkung, daß, als es mit Krieg voringing, es bald fast ganz Europa gegen sich hatte.

1908 ging, wie weiter oben schon festgestellt ward, die gereizte Stimmung ziemlich schnell vorüber. 1909 kam Eduard VII. wieder zum Besuch nach Berlin. Über das Ergebnis der damaligen Besprechungen lesen wir bei Bülow:

„Mit diesem letzten Besuch des Königs Eduard in Berlin fiel ein freundliches und für die Zukunft gute Hoffnungen erweckendes Licht nicht nur auf das Verhältnis des Königs zu Deutschland, sondern auch auf die Beziehungen zwischen zwei großen Völkern, die allen Grund hatten, sich gegenseitig zu achten und friedlich in Friedensarbeiten miteinander zu wetteifern. Der Versuch, den deutsch-englischen Gegensatz zu einem System der gesamten internationalen Politik zu erweitern, ist bis 1914 nicht wiederholt worden.“

Aber zwischen 1909 und 1914 liegt 1911, das Jahr des Panthersprungs nach Agadir. Er erfolgte, als Bülow nicht mehr im Amt war. Über ihn schweigt sich dieser denn auch weidlich aus. Hören wir daher einen Mann der Aktion, den Flottenerbauer Tirpitz.

Tirpitz über den Panthersprung nach Agadir.

Tirpitz zeigt sich in seinem 1919 erschienenen Buch „Erinnerungen“ als ein typischer Vertreter jener Auffassung, für die ein wahrhafter Friede zwischen Deutschland und England nur dadurch zu erzielen war, daß ersteres sich in die Lage versetzte, dem letzteren jederzeit die Pistole auf die Brust setzen zu können. Andernfalls würde England in seiner Mißgunst die erste Gelegenheit ergreifen, Deutschlands ihm unbequemen Handel zu vernichten. Daß England noch mit mehr Konkurrenten zu tun hatte, als mit Deutschland, und mit ihnen bisher ohne Wettrüsten zur See auskam, stört diese Auffassung nicht. Noch kennt oder anerkennt sie eine Entwicklung der Völkerbeziehungen in der Richtung zunehmender Erkenntnis der Verbundenheit der Interessen der Kulturmenschheit und Durchführung auf ihr beruhenden internationalen

Rechts. Mit nur geringen Änderungen ist sie eine Auffrischung der politischen Auffassung, wie sie der merkantilistischen Denkweise des 17. und 18. Jahrhunderts entsprach. Für die Demokratie und den Pazifismus unserer Zeit hat sie nur ein geringschätziges Achselzucken.

Nicht Anwandlungen dieser Art sind es also, die Tirpitz am Panthersprung scharfe Kritik üben lassen. Er schreibt im 15. Kapitel seines Buches:

„Die einzige wirkliche Krisis der deutsch-englischen Beziehungen zwischen 1904 und 1914 trat im Sommer 1911 ein infolge der Art, wie die politische Reichsleitung versuchte, den zwischen uns und den Franzosen schwebenden Marokkostreit zu liquidieren. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kiderlen-Wächter, dem, wie so vielen deutschen Diplomaten, das Organ gerade für England abging, hat zwar nicht durch Nachlaufen, aber durch saloppe Geschäftsbehandlung Schaden gestiftet. Auf seine Anregung entsandte am 1. Juli 1911 der Reichskanzler das Kanonenboot „Panther“ nach der marokkanischen Hafenstadt Agadir und ließ die britische Regierung, welche nach dem Zweck fragte, mehrere Wochen lang ohne Antworten und im unklaren. Die Folge war, daß am 21. Juli Lloyd George eine im englischen Kabinett festgelegte Rede ablas, worin er Deutschland warnte, es würde im Fall einer Herausforderung die britische Macht an Frankreichs Seite finden.“

Hier wird kühl eingestanden, was seinerzeit dem deutschen Volk vorenthalten ward, nämlich daß die von Lloyd George verlesene Rede dadurch verursacht worden war, daß die deutsche Regierung wiederholte Anfragen der englischen Regierung nach dem Zweck der Demonstration einfach unbeantwortet gelassen hatte. Sie war ein Protest gegen eine Handlungsweise, die nur als eine beleidigende Nichtachtung international

anerkannter Rechte Englands aufgefaßt werden konnte. Die an die Adresse Berlins gerichtete Rede lautete denn auch:

„Wenn man zugäbe, daß Großbritannien so behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen nicht mitzählte, dann, das sage ich mit Nachdruck, dann wäre der Friede um diesen Preis eine unerträgliche Demütigung für eine große Nation wie die unsrige.“

Obwohl in der Rede Deutschland absichtlich nicht genannt war, der Rat also als eine allgemeine Sentenz aufgefaßt werden konnte, ward in Deutschland ob ihrer ein Entrüstungssturm ins Werk gesetzt, der nicht ärger hätte sein können, wenn der Nation die größte Beleidigung angetan worden wäre. „Unverschämt“ war noch das geringste Beiwort, das in bezug auf Lloyd George gebraucht wurde. Allerdings wußte von hundert Leuten noch nicht einer, was Lloyd George eigentlich nun gesagt hatte. „Diese Rede Lloyd Georges!“ rief in einem Gespräch mit mir ein freisinniger Abgeordneter im Ton höchster Entrüstung aus, wobei er die Hände nach oben streckte. Als ich ihn aber fragte, was Schreckliches Lloyd George denn gesagt habe, wußte er nichts zu antworten. Irgendwo war die Parole „Entrüstung“ ausgegeben worden, und einer überbot den andern im Entrüstetsein. Während aber bei uns die aufgepeitschte Wut alsdann dadurch gestillt wurde, daß man verbreitete, Englands Minister des Auswärtigen sei nach einer Abkanzlung durch den deutschen Botschafter zu Kreuze gekrochen, war tatsächlich das Umgekehrte geschehen. Berlin hatte sich in der Notwendigkeit gesehen, um Entschuldigung zu bitten. Von einem der namhaftesten und wegen seiner politischen Unabhängigkeit ganz besonders geschätzten englischen Gesinnungsgenossen, nämlich J. Ramsay

Macdonald, darüber unterrichtet, habe ich es damals in der Schrift „Die englische Gefahr und das deutsche Volk“ festgestellt (Berlin 1911, Vorwärts - Verlag, S. 26-27). Jetzt kann es der von seiner großen Presse belogene deutsche Michel bei Tirpitz erfahren. Dieser schreibt weiterhin:

„Die grösste Fehlrechnung aber beging die Reichsleitung darin, daß sie sich in den ersten Juliwochen über ihre Absichten in Dunkel hüllte. Kiderlen hat nachträglich versichert, daß der Kanzler niemals daran gedacht habe, marokkanisches Gebiet zu fordern. Nach Lloyd Georges Drohrede aber sah es so aus, als ob er nur vor dem erhobenen Schwert Englands zurückgewichen wäre. Unser Ansehen erlitt in der ganzen Welt einen Stoß, und auch die deutsche öffentliche Meinung stand unter dem Eindruck der Schlappe. „England stopped Germany“, war das Schlagwort der Weltpresse.“

Was Tirpitz hier „die deutsche öffentliche Meinung“ nennt, war die Meinung der Eingeweihten. Dem Volk war es anders hingestellt worden. Noch am 18. November 1911 schrieb Matthias Erzberger, der damals sich des besonderen Vertrauens des Tirpitz erfreute, im „Tag“, England habe von Deutschland „die allein entsprechende Antwort“ erhalten und die deutsche Diplomatie dadurch „einen nicht zu geringen Erfolg“ erzielt, so daß das Foreign Office sich von da ab „nicht mehr in amtlicher Form“ eingemischt habe.

Ob Erzberger zu den Eingeweihten gehörte oder auch einer der Eingeseiften war, mag dahingestellt bleiben. Von Tirpitz erfährt das Volk aber jetzt, welches Spiel unter dem Kaiserreich mit seiner Leichtgläubigkeit getrieben wurde.

Nachwort.

„Unter Kaiser Wilhelm war es doch besser“, lautet eine der von den Reaktionsparteien ausgegebenen Parolen, und mit einer Gedankenlosigkeit, wie man sie am letzten in einem Volke suchen sollte, das sich mit Recht zu den gebildetsten Nationen der Kulturwelt rechnet, schwatzen unzählige Deutsche sie nach. Ein Kind, das noch keine entfernte Ahnung von Ursache und Wirkung hat und sich von der Mutter oder Wärterin aufschwätzen läßt, der Tisch, gegen den es gelaufen ist, sei die Ursache seiner Schmerzempfindung, kann nicht sinnloser reden. Gewiß war es in Deutschland besser, ehe noch das ganze Gewicht der Lasten auf es gefallen war, die der verlorene Krieg ihm zugezogen hat. In allen Ländern war es vor dem Krieg besser, im absolutistischen Rußland wie in der parlamentarischen Monarchie England, im Nationalitätenstaat Österreich wie in der Einheitsrepublik Frankreich. In der ganzen Welt sah es besser aus, und darum war der Krieg nicht nur ein Verbrechen an einem einzelnen Volk, sondern an der Menschheit, an der ganzen Kultur.

Wen aber trifft in erster Reihe die Verantwortung für diesen Krieg? Der monarchisch gesinnte Deutsche macht es in dieser Frage ähnlich, wie in einer der schönsten deutschen Volkserzählungen der Schwabe, der das Leberlein gefressen hatte. Er bildet sich ein, die Welt von der Unschuld Wilhelms II. zu überzeugen, indem

er dessen Schuld einfach hartnäckig ableugnet. „Das Lamm hat keine Leber gehabt!“, so behauptet der Schwabe der Volkserzählung in allen Prüfungen dem auf Erden wandernden Herrgott gegenüber, bis er am Galgen steht und den Strick schon um den Hals hat, an dem er emporgezogen werden soll. Soll Deutschland es ebenso machen? Ehe es nicht in sich geht und die Frage der Verantwortung so beantwortet, wie sie beantwortet werden muß, wird es keinen besseren Frieden erhalten als den, der ihm zuteil geworden ist. Bloß formale Änderungen seiner Verfassung würden ihm nichts helfen. Nach dem Völkerrecht, so lehren alle seine Interpreten, bleibt ein Land für die Handlungen seiner Regierung haftbar, auch wenn es sie ab- und eine andere einsetzt. Begreiflich genug, denn wenn es anders wäre, würden die Völker niemals ein richtiges Verantwortlichkeitsgefühl entwickeln. Da es aber so ist, darf kein Volk seiner Regierung ein Recht über Krieg und Frieden anvertrauen, wie es nach der Verfassung des Deutschen Kaiserreichs Wilhelm II. in den verhängnisvollen Juli-August-Tagen 1914 genoß. Wäre er, wie es jetzt die Verfassung der Republik vorschreibt, genötigt gewesen, die Volksvertretung zu befragen, ehe er mit der Kriegserklärung an Rußland den Weltkrieg entfesselte, es wäre nie zu ihm gekommen. Das darf man mit gutem Gewissen sagen, ohne sich über den Reichstag von 1914 irgendwelchen Selbsttäuschungen hinzugeben. Vor allen anderen hätte die sozialdemokratische Fraktion, wenn man, statt sie vor die schon vollendete Tatsache des Krieges zu stellen, ihr vor der Kriegserklärung die Frage vorgelegt hätte, niemals ihre Zustimmung dazu gegeben, daß auf so fadenscheinige Gründe hin, wie es tatsächlich geschah, Deutschland

einen Krieg erklärte. Und gegen das ausdrückliche Votum der 110 Sozialdemokraten hätte die kaiserliche Regierung den Krieg nicht wagen dürfen, selbst wenn diese mit ihrem Nein allein geblieben wären.

Aber gerade weil man das wußte, ward 1914 der Reichstag erst auf den 4. August statt auf den 31. Juli einberufen. Genau so hatte man, wie Kurt Eisner in seiner Schrift über den Sultan des Weltkrieges auf Seite 52/53 nachweist, im Jahre 1905 plötzlich am 30. Mai die Schließung des Reichstags verfügt, als der Sultan von Marokko im Bewußtsein, Deutschland hinter sich zu haben, Frankreich die ihm im Prinzip schon zugestandenen Reformen kühl abschlug und damit einen Krieg heraufbeschwor, der gegebenenfalls nach Europa herüberschlagen mußte. Eisner schreibt, der „völlig verdutzte Reichstag“ sei plötzlich nach Hause geschickt worden. Verdutzt ist aber noch zu wenig gesagt. Ausgenommen vielleicht einige wenige eingeweihte Abgeordnete, war der Reichstag, dem der Schreiber dieses damals angehörte, zugleich empört, als ihm ohne jede vorherige Verständigung mit den Fraktionsvorständen die Schließung verkündet wurde. Selbst ein so zahmer Nationalliberaler wie der Abgeordnete Paasche lief in höchster Entrüstung im Vorsaal der Linken herum und fragte ein über das andere Mal, ob man sich das gefallen lassen dürfe. Aber der Zorn dieser Leute hält nicht lange vor. Und so ist es leider mit der breiten Masse des Bürgertums. Als sich in den Oktober-November-Tagen 1918 in nicht mehr zu verhüllender Deutlichkeit zeigte, in welche furchtbare Lage das militaristische Kaisertum Deutschland gebracht hatte, da war auch es entrüstet, und die Revolution des 9. November begegnete aus seinen Reihen kaum einem Widerspruch. Hinterher aber schimpft man über

die Republik, weil sie das Wunder nicht fertig bringt, die durch die Schuld des Kaiserreichs über Deutschland heraufbeschworene finanzielle und allgemeine wirtschaftliche Zerrüttung, die einer Verminderung des deutschen Nationalreichtums um mindestens das Dreißigfache des jährlichen Reinertrags der deutschen Volkswirtschaft vor dem Kriege gleichkommt, in ein bis zwei Jahren ungeschehen zu machen. Man sucht überall nach Sündenböcken, um diejenigen weißwaschen zu können, die, selbst wenn sie nicht die allein Schuldigen sind, jedenfalls die Hauptschuld an dem Unheil tragen, unter dessen Folgen heute Millionen und aber Millionen verelenden. Ein Verhalten, das der Grundforderung aller Ethik „Wahrheit gegen dich selbst“ ins Gesicht schlägt, und bei dem man daher versucht ist, denjenigen, welchen die Not des deutschen Volkes wirklich zu Herzen geht, die Worte des Dichters ins Gedächtnis zu rufen: „Unglücklich bist du schon; willst du es auch noch verdienen?“

*

*

*

Im Frühsommer 1915 wurde ich vom Vertreter eines deutschamerikanischen Blattes, das die deutsche Sache mit Leidenschaft verfocht, um eine Unterhaltung gebeten. Sie gestaltete sich anfangs sehr formell, nachdem aber die für die Zeitung bestimmte Antwort erledigt war und im weiteren Gespräch über Kunstfragen und dergleichen der Herr sich als sehr gebildet und wahrhaft feindenkend herausstellte, konnte ich mich nicht enthalten zu bemerken: „Ich will es Ihnen nur offen sagen: ich bin aus tiefster Seele ganz entschiedener Gegner dieses Krieges. Er ist Deutschland nicht aufgezwungen worden, und es bestand für

Deutschland keinerlei Veranlassung, ihn zu erklären. Es war uns ganz gut gegangen.“

Ich hatte den letzten Satz kaum ausgesprochen, da schlug mein Unterredner mit der Faust auf den Tisch und rief mit ganz veränderter, zorniger Stimme: „**Zu gut ist es uns gegangen! Wir waren zu üppig geworden!**“

Das war das Urteil eines aufrichtigsten Patrioten hinsichtlich der **Wahrheit über die Einkreisung.**

Flugschriften des Bundes Neues Vaterland

- Nr. 1
VON BBERFELDE, Hauptmann a. D.
MICHEL WACH AUF
Eine notwendige Richtigstellung des deutschen Weißbuchs
- Nr. 2
Prof. Dr. W. SCHÜCKING, Dr. HELENE STÖCKER, Dr. ELISABETH ROTTEN
DURCH ZUM RECHTSFRIEDEN
Ein Apell an das Weltgewissen
- Nr. 3
O. LEHMANN-RUSSBÜLDT
**WARUM ERFOLGTE
DER ZUSAMMENBRUCH DER WESTFRONT?**
Mit einer dem General Ludendorff einstmals übermittelten Denkschrift eines deutschen Landsturmmannes
- Nr. 4
KARL KAUTSKY
DIE WURZELN DER POLITIK WILSONS
- Nr. 5
Dr. E. J. GUMBEL
VIER JAHRE LÜGE
- Nr. 6
HANS PAASCHE, Kapitänleutnant a. D.
MEINE MITSCHULD AM WELTKRIEGE
- Nr. 7/8
FÖRST LICHNOWSKY
MEINE LONDONER MISSION 1912—14
UND EINGABE AN DAS PREUSSISCHE HERRENHAUS
- Nr. 9
Dr. WALTHER BORGIUS
DER VÖLKERBUND
SEINE KULTUR- UND WIRTSCHAFTSAUFGABEN
- Nr. 10
Dr. MAGNUS HIRSCHFELD
VERSTAATLICHUNG DES GESUNDHEITSWESENS
- Nr. 11
HEINRICH STRÖBEL
DURCH ZUR WAHRHEIT
- Nr. 12
KURT EISNER
SCHULD UND SÜHNE
Mit einer Einleitung von Heinrich Ströbel
- Nr. 13
WILHELM BÖLCKE, Hauptmann
DEUTSCHLANDS NEUE WEHRMACHT
- Nr. 14
HELMUTH VON GERLACH
DER ZUSAMMENBRUCH DER DEUTSCHEN POLENPOLITIK
- Nr. 15
EUGEN ORTNER
DIE INTELLEKTUELLEN UND DER SOZIALISMUS
- Nr. 16
HANS PAASCHE
DAS VERLORENE AFRIKA
- Nr. 17
HEINRICH STRÖBEL
DIE BILANZ DER REVOLUTION

Preis jeder Nummer 1,10 Mark

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch:

Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W 62, Kurfürstenstr. 125

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY



A 000 642 302 4

